

Einwohnergemeindeversammlung

Montag, 27. November 2006, 20.15 Uhr, in der Turnhalle

Vorsitz:	Gemeindeammann Willy Hersberger	
Protokoll:	Gemeindeschreiber Roland Mürset	
Stimmzähler:	Annette Bösiger Gabriela Häcki-Güller	
Präsenz:	Stimmberechtigte gemäss Register	1'326
	Quorum für endgültige Beschlüsse	266
	Versammlungsteilnehmer	105

Der Gemeindeammann begrüsst die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und heisst sie im Namen des Gemeinderates zur heutigen Gemeindeversammlung herzlich willkommen. Einen speziellen Gruss richtet er an die Vertreter der Presse.

Der Vorsitzende gibt die Namen der Einwohnerinnen und Einwohner von Remetschwil bekannt, welche seit der letzten Wintergemeindeversammlung vom 28. November 2005 verstorben sind. Es sind dies:

07.01.2006	Meier geb. Meier Martha, 1938
19.01.2006	Locher Josef, 1910
05.04.2006	Zangger geb. Schmid Agnes, 1924
20.10.2006	Meier geb. Pfändler Charlotte, 1928

Die Versammlung ehrt die Verstorbenen mit einer Gedenkminute.

Der Gemeindeammann stellt fest, dass die Einladung mit der Traktandenliste rechtzeitig zugestellt worden ist. Die Akten zu den einzelnen Traktanden lagen auf der Gemeindekanzlei öffentlich auf. Im weiteren orientiert der Vorsitzende, dass sämtliche heutigen Beschlüsse aufgrund der Anzahl der Versammlungsteilnehmer dem fakultativen Referendum unterstehen.

Die Traktandenliste wird diskussionslos gutgeheissen.

1. Protokoll der letzten Gemeindeversammlung

Das schriftlich vorliegende Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2006 wird einstimmig gutgeheissen.

2. Voranschlag 2007

Herr Gemeindeammann Willy Hersberger: Zwischenzeitlich beträgt der Umsatz rund 6.2 Mio. Franken. Der Steuerfuss im Voranschlag ist unverändert mit 83 % geplant. Das Kantonsmittel liegt bei 107 %. Es ist ein Aufwandüberschuss von gut Franken 300'000.00 budgetiert. Im laufenden Jahr ist ein Defizit von Fr. 5'000.00 vorgesehen.

Die Einsparungen aus der Neuverteilung der finanziellen Lasten zwischen Kanton und Gemeinde schätzen wir momentan auf Fr. 80'000.00. Ganz genau ist dieser Wert jedoch noch nicht bekannt. Der voraussichtlich zu leistende Finanzausgleich beläuft sich auf Fr. 205'000.00. Ab 2008 (Basis Rechnungsjahr 2006) ist der Steuerfuss für die Berechnung des Finanzausgleichs nicht mehr massgebend.

Gegenüber dem laufenden Jahr ist ein erhöhtes Investitionsvolumen vorgesehen. Aus finanzpolitischer Sicht ist die Gemeinde Remetschwil in sehr guter Verfassung.

(Es folgen Erläuterungen zum Investitionsprogramm und zur Laufenden Rechnung anhand von Folien).

Die Finanzkommission hat den Voranschlag geprüft und ihr Einverständnis dazu erteilt. Ich weise an dieser Stelle aber ausdrücklich darauf hin, dass wir durch die unsichere Entwicklung der Steuereinnahmen und die künftigen Belastungen durch den Lastenausgleich nicht garantieren können, dass der Steuerfuss auf diesem tiefen Niveau gehalten werden kann.

Diskussion:

Das Wort wird nicht verlangt:

Abstimmung:

Der Voranschlag 2007 mit einem Steuerfuss von 83 % wird einstimmig genehmigt.

3. Kreditabrechnungen

Herr Vorsitzender: Die Finanzkommission hat auch die heute vorliegenden Kreditabrechnungen geprüft und für richtig befunden.

a) Radweg Buslingen-Niederrohrdorf

Herr Gemeinderat Rolf Leimgruber (Erläuterungen anhand von Folien): An der Wintergemeindeversammlung 2000 wurde ein Kredit von Fr. 150'000.00 für den Bau des Radweges Buslingen-Vogelrüti gesprochen. Die aufgelaufenen Kosten schlagen mit Fr. 108'794.90 zu Buche, so dass eine Kreditunterschreitung von 27.47 % resultiert. Die Kosten konnten durch die Gemeinde nicht beeinflusst werden, federführend war der Kanton.

Diskussion:

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Abstimmung:

Die Kreditabrechnung wird einstimmig gutgeheissen.

b) Dorfkernplanungen Remetschwil und Buslingen

Herr Gemeindeammann Willy Hersberger: Der Souverän hiess einen Verpflichtungskredit von Fr. 50'000.00 sowie einen Zusatzkredit von Fr. 25'000.00 gut. Zuerst wurde die Planung im Ortsteil Remetschwil, anschliessend diejenige im Ortsteil Buslingen durchgeführt. Der gesprochene Kredit wurde um knapp 13 % unterschritten.

Diskussion:

Die Versammlung hat keine Bemerkungen.

Abstimmung:

Der Kreditabrechnung wird einstimmig zugestimmt.

c) Erschliessung Hägeler, Projektierungskredit

Herr Gemeinderat Martin Dürr: Im Sommer 2002 sprachen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einen Kredit von Fr. 65'000.00 für die Projektierung der Erschliessung Hägeler. Es erfolgte mit Ausgaben von Fr. 65'142.00 fast eine Punktlandung.

Diskussion:

Das Wort wird nicht verlangt.

Abstimmung:

Die Versammlung genehmigt die Abrechnung ohne Gegenstimme.

d) Anpassungsarbeiten (Umleitung von Werkleitungen) im Baugebiet Hägeler

Im Juni 2003 wurden die Kredite für die Umleitung der Werkleitungen im Gebiet Hägeler sowie für den Ausbau und die Sanierung der Hägelerstrasse gesprochen. Im Zuge der Bauarbeiten hat sich gezeigt, dass nicht nur die Kanalisations-, sondern auch die Wasserleitung gänzlich ersetzt werden muss. Der Gemeinderat hat aufgrund der Dringlichkeit diese Arbeiten beschlossen und vergeben. Daraus resultieren die aufgeführten Kreditüberschreitungen.

Diskussion:

Es wird keine Diskussion gewünscht.

Abstimmung:

Auch dieser Kreditabrechnung wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

e) Ausbau und Sanierung der Hägelerstrasse inkl. Werkleitungen

Wie bereits erwähnt, haben uns die zahlreichen Leitungsquerungen und deren Ersatz Mehrkosten beschert.

Diskussion:

Die Versammlung wünscht das Wort nicht.

Abstimmung:

Die Kreditabrechnung wird einstimmig gutgeheissen.

4. Genehmigung des Vertrages zwischen den Gemeinden Niederrohrdorf, Bellikon, Fislisbach, Mägenwil, Mellingen, Oberrohrdorf-Staretschwil, Remetschwil, Stetten, Tägerig und Wohlenschwil zur Gewährleistung der lokalen Sicherheit durch eine Regionalpolizeiorganisation unter Führung der Gemeinde Niederrohrdorf
-

Herr Gemeinderat Dominik Frey: Anlässlich der kantonalen Abstimmung vom 26. Mai 2006 haben Sie u.a. das neue Polizeigesetz angenommen mit der Folge, dass neu die Gemeinden und nicht mehr der Kanton für die sogenannte lokale Sicherheit zuständig ist. Gemäss Polizeigesetz, welches am 01. Januar 2007 in Kraft tritt, müssen die Gemeinden die entsprechenden Aufgaben entweder mit eigenen Kräften, zusammen mit anderen Gemeinden oder durch Einkauf bei der Kapo wahrnehmen.

In Hinblick auf diese Gesetzesrevision hat die Regionalplanungsgruppe Rohrdorferberg-Reusstal bereits im Jahre 2003 eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Von allem Anfang an war der Arbeitsgruppe klar, dass keine einzige von den Gemeinden gross genug ist, um die finanzielle Belastung alleine tragen zu können. Für die Gewährleistung der dauernden Einsatzbereitschaft von jeweils zwei Polizisten über 24 Stunden pro Tag und 365 Tagen pro Jahr sind mindestens acht Stellenpensen erforderlich. Näher geprüft wurden deshalb einerseits die gemeinsame Lösung mit mehreren Gemeinden und andererseits der Einkauf bei der Kapo. In der Folge verwarf die Arbeitsgruppe die Option des Einkaufs bei der Kantonspolizei aus verschiedenen Gründen. Hauptgrund gegen den Einkauf ist der Umstand, dass sich das Angebot der Kapo gegenüber einer gemeinsamen Lösung kostenmässig als unattraktiv erwiesen hat. Des Weiteren haben die Gemeinden zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Kantonspolizei nur widerwillig bzw. überhaupt nur auf Druck des Grossen Rates den Gemeinden ein Angebot zur Übernahme von Aufgaben der lokalen Sicherheit unterbreitet hatte. Eine allzu grosse Motivation, die lokale Sicherheit zu gewährleisten, scheint seitens der Kapo also nicht unbedingt vorzuliegen. Drittens bewertete die Arbeitsgruppe die geringere Kundennähe der Kapo als gewichtigen Nachteil gegenüber einer Repol.

Die Arbeitsgruppe und mit ihr die Gemeinderäte kamen in der Folge zum Schluss, gemeinsam eine eigene Repol aufzubauen. Bei der Wahl der Organisationsform entschied man sich für einen Vertrag mit der Standortgemeinde Niederrohrdorf; zur Diskussion sind auch Fislisbach und Mellingen als Standortgemeinden gestanden. Gegenüber einem Gemeindeverband erweist sich die Vertragsform als schlanker und flexibler, was sich speziell bei der Erfüllung der polizeilichen Aufgaben als sinnvoll erweisen wird.

Nachdem sich Birmenstorf für die Repol Baden und Niederwil, Fischbach-Göslikon und Künthen für die Repol Bremgarten entschieden haben, sind noch die zehn genannten Gemeinden verblieben. Von diesen zehn Gemeinden haben bislang deren sechs zugestimmt.

Es ist vorgesehen, dass der Vertrag nach Genehmigung durch die Gemeindeversammlungen am 01. Januar 2007 in Kraft tritt, jedoch nur falls die Gemeinden, die ihm zustimmen mindestens 80 % der betroffenen Bevölkerung umfassen. Er gilt dann nur für die zustimmenden Gemeinden. Sollten die Gemeinden, welche dem Vertrag zustimmen, weniger als 80% der Bevölkerung umfassen, gilt der Vertrag als nicht zustande gekommen.

Diskussion:

Frau Hélène Runte: Wie wird die Ausbildung des Personals sichergestellt? Andere Gemeinden haben diesbezüglich schon schlechte Erfahrungen gemacht.

Herr Gemeinderat Dominik Frey: Personalverantwortlich ist die Gemeinde Niederrohrdorf. Die Vertragsgemeinden haben ein Mitspracherecht. Gemäss Polizeigesetz haben die Polizeikräfte der Gemeinden eine vom Bund anerkannte polizeiliche Ausbildung nachzuweisen. Dies zu kontrollieren und zu gewährleisten ist Sache der Gemeinde Niederrohrdorf.

Herr Gemeindeammann: Remetschwil hat sich von Beginn weg für eine professionelle Struktur stark gemacht. Es darf nicht sein, dass eine Regionalpolizei durch einzelne Politiker im Nebenamt geführt wird.

Abstimmung:

Der Vertrag mit der Gemeinde Niederrohrdorf wird ohne Gegenstimme gutgeheissen.

5. Beitritt zum neuen Gemeindeverband „Mütter- und Väterberatung Bezirks Baden“ mit Genehmigung der Satzungen

Frau Vizeammann Betti Galeffi: Seit Januar 1996 wird die Mütter- und Väterberatung von der Pro Juventute zusammen mit den 26 angeschlossenen Gemeinden im Bezirk Baden geführt. Laut Gesundheitsgesetz ist es für die Gemeinden obligatorisch, eine solche Dienstleistung anzubieten.

Im 2003 hat die Stadt Baden die im 1996 getroffene Vereinbarung vorsorglicherweise gekündigt und den Vorstand der Mütter- und Väterberatung aufgefordert, eine neue Trägerschaft zu bilden, das Beratungsangebot auf Kinder bis zu 5 Jahren auszuweiten und auch ein neues gerechteres Finanzierungsmodell zu suchen. 2004 hat auch die Pro Juventute an ihrer Jahresversammlung beschlossen, sich aus der Trägerschaft der Mütter- und Väterberatung zurückzuziehen, sobald eine neue Trägerschaft gefunden ist und feststeht.

Der Vorstand der Mütter- und Väterberatung hat dann in Zusammenarbeit mit einer Vertreterin der Stadt Baden und einer externen Begleitung den Zusammenschluss mit der Amtsvormundschaft und der Jugend- und Familienberatung des Bezirks Baden im Rahmen eines Sozialverbundes gesucht. Jugend- und Familienberatung und Amtsvormundschaft haben aber in einem Sozialverbund mehr Nachteile als Vorteile gesehen und sich aus dem Projekt zurückgezogen.

Darauf hat sich der Vorstand entschieden, einen eigenen Gemeindeverband mit einer Abgeordnetenversammlung, einem Vorstand und einer Kontrollstelle zu bilden.

Das Dienstleistungsangebot sollte gleich bleiben wie bisher, wird aber auf Kinder bis zu 5 Jahren ausgedehnt. Es ist weiterhin kostenlos und freiwillig und steht allen Familien und werdenden Eltern offen.

Im alten Modell haben die Gemeinden die Betriebskosten auf der Basis von Einwohnerzahlen gedeckt. Im neuen Modell leisten die Gemeinden für 40 % der Betriebskosten wieder einen Beitrag pro Einwohner und für die restlichen 60 % der Betriebskosten sind die Gemeindebeiträge leistungsabhängig. Für Remetschwil bedeutet das für das nächste Jahr eine leichte Kostensenkung von 10'500 auf 8'700 Franken, oder knapp 2000 Franken.

Der Start des neuen Gemeindeverbandes ist für den 01. Januar 2007 geplant.

Diskussion:

Das Wort wird nicht verlangt.

Abstimmung:

Dem Beitritt zum Gemeindeverband und den Satzungen wird einstimmig zugestimmt.

6. Gutheissung eines Verpflichtungskredites über Fr. 267'000.00 für die Erneuerung und Erweiterung des Wasser- und Abwassernetzes im Gebiet Algier

Herr Gemeinderat Martin Dürr: Im Einführungsgesetz zum Eidg. Gewässerschutzgesetz ist stipuliert, dass Liegenschaften ausserhalb des Generellen Kanalisationsprojektes (GEP) mittels Sanierungsleitungen an das öffentliche Leitungsnetz angeschlossen werden müssen. Solche Sanierungsleitungen werden durch die Gemeinde erstellt und unterhalten. Die privaten Grundeigentümer haben jedoch entsprechende Beiträge an die Baukosten zu leisten.

Im Gebiet Algier müssen einige bestehende Häuser mittels Sanierungsleitung an das Kanalisationsnetz angeschlossen werden. Einzelne Liegenschaftsbesitzer haben vom Kanton bereits entsprechende Verfügungen erhalten. Gleichzeitig hat der Gemeinderat geprüft, ob es im Rahmen des geplanten Baus eines Radweges sinnvoll und möglich ist, noch weitere Liegenschaften an das öffentliche Kanalisationsleitungsnetz anzuschliessen. Im gleichen Zug soll auch die alte und reparaturanfällige Wasserleitung in diesem Gebiet ersetzt werden.

Diskussion:

Die Versammlung wünscht keine Diskussion.

Abstimmung:

Der Verpflichtungskredit wird einstimmig genehmigt.

7. Genehmigung eines Verpflichtungskredites von Fr. 131'000.00 für das Ersetzen der Ölheizung im Kindergarten Remetschwil durch eine Pellets-Heizanlage

Herr Gemeinderat Rolf Leimgruber: Die bestehende Heizanlage im Kindergarten Remetschwil ist 37-jährig. Jedes Jahr sind rund fünf bis sechs Reparaturen erforderlich, um den Heizbetrieb aufrecht zu erhalten. An dieser Heizanlage sind der Doppelkindergarten, der gemeindeeigenen Wohnblock mit Coiffeur- und Elektrogeschäft sowie das Neue Gemeindehaus mit Bauamt und Feuerwehr angeschlossen. Es werden pro Jahr ca. 20'000 l Heizöl benötigt.

Der Gemeinderat prüfte alternative Möglichkeiten, welche mit den aktuellen baulichen Gegebenheiten realisiert werden könnten. Ein spezialisiertes Ingenieurbüro hat eine entsprechende Machbarkeitsstudie ausgearbeitet. Die Kosten für diese Studie beliefen sich auf Fr. 3'500.00, woran der Kanton Subventionen in der Höhe von 50 % leistet.

Aufgrund der Studie favorisiert der Gemeinderat die Variante Pellets. Dabei handelt es sich um ca. 5 bis 10 Millimeter lange „Tabletten“. Diese Energiequelle stammt zu 100 % aus unserem Land. 2 kg Pellets ersetzen 1 l Heizöl.

Die baulichen Massnahmen wären sehr klein. Der bestehende Tankraum muss geringfügig umgebaut werden. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass der Einbau einer erneuerbaren Energiequelle ökonomisch sinnvoll ist.

Diskussion:

Herr Josef Wettstein: Pellets sind sicherlich eine gute Sache. Viele Gemeinden haben aber in letzter Zeit mit sehr grossen Erfolg Holzsplitheizungen installiert. Ich denke, eine Gemeinde darf auch entsprechende Investitionen in zukunftsweisende Energiequellen machen. Pelletspreise werden massiv ansteigen. Bei den Holzsplitzeln werden die Preise in etwa gleich bleiben. Unser Forst hat die Möglichkeit, Holzsplitzeln zu produzieren. Allenfalls müsste ein kleines Splitzellager geschaffen werden. Auch die Betriebskosten sind bei den Pellets teurer. Der eingeschlagene Weg Richtung Pellets geht mir zu schnell. Eine Gemeinde sollte weitsichtiger den-

ken. Ich stelle daher den Antrag, es sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 191'000.00 für den Einbau einer Holzschnitzelheizung gutzuheissen.

Herr Gemeinderat Rolf Leimgruber: Es gilt zu beachten, dass die baulichen Massnahmen bei Pellets ganz klar wesentlich geringer sind. Bei Holzschnitzeln ist eine viel grössere Lagerkapazität erforderlich. Zudem sind die Investitionskosten bei einer Schnitzelheizung fast 50 % höher. Auch bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung ist die Variante Pellets ganz klar besser.

Herr Andreas Seiz: Ich betreibe sowohl eine Pellets-, als auch eine Schnitzelheizung. Ich stelle fest, dass sich der Pelletspreis innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt hat und heute wesentlich teurer ist als Öl. Ich kann den grossen Unterschied bei den Investitionen nicht nachvollziehen. Schnitzel könnten zudem aus dem einheimischen Wald geliefert werden. Auch die Verfügbarkeit bei Pellets ist nicht immer vorhanden. Ich unterstütze den Antrag von Herrn Wettstein. Die Fr. 191'000.00 sind gut angelegtes Geld.

Herr Gemeindeammann: Seitens verschiedener Fachleute wurde uns gesagt, dass Schnitzelheizungen störungsanfälliger sind als solche mit einem Pelletssystem. Ich muss mich auf die Aussage dieser Fachleute verlassen.

Bei der Gutheissung des Antrages Wettstein erhöhen sich die Abschreibungen im Budgets um Fr. 6'000.00.

Herr Theodor Wettstein: Evtl. besteht die Möglichkeit, die Holzschnitzel im Holzschopf bei der Waldhütte zu lagern. Dadurch könnten auch Kosten gespart werden.

Herr Vorsitzender: Die Möglichkeit müssten wir prüfen.

Herr Hans Wettstein: Der Holzschopf des Forstbetriebes könnte sicherlich für die Lagerung der Schnitzel gebraucht werden. Zudem ist es vorteilhaft, wenn die Schnitzel vorgängig gelagert werden und trocknen können. Wir haben privat eine Schnitzelheizung im Betrieb. Diese läuft einwandfrei. Bei den Pellets ist zu beachten, dass diese mittels zusätzlicher Energie hergestellt werden müssen. Daher denke ich, dass eine Schnitzelheizung die umweltfreundlichere und sinnvollere Lösung ist.

Abstimmung:

Gegenüberstellung des Antrages Wettstein mit dem gemeinderätlichen Antrag:

Der Antrag Wettstein für eine Holzschnitzelheizung obsiegt mit 72 zu 13 stimmen.

Schlussabstimmung über den Antrag Wettstein:

Mit einer grossen Mehrheit zu 3 Gegenstimmen wird der Antrag Wettstein angenommen.

8. Einbürgerung

(Der anwesende Bürgerrechtsbewerber verlässt den Saal.)

Herr Gemeindeammann: In unserem Kanton gibt es klare Vorschriften über die zu tätigenden Abklärungen über einen Bürgerrechtsbewerber. Herr Ibishi hatte die Einbürgerung bereits vor einiger Zeit angestrebt. Aufgrund der mangelhaften staatsbürgerlichen Kenntnisse wurde das Gesuch aber sistiert. Am kürzlich durchgeführten zweiten Gespräch konnte Herr Ibishi sämtliche Hürden nehmen. Das Bürgerrecht liegt ihm sehr am Herzen. Wir können Ihnen Herrn Ibishi vorbehaltlos zur Einbürgerung empfehlen.

Diskussion:

Frau Hélène Runte: Wenn ich an den aktiven Drogenhandel in Busslingen denke, muss ich mich leider der Stimme enthalten.

Herr Hans Steiner: Herr Ibishi ist verheiratet. Ich finde es nicht gut, wenn sich die Ehefrau nicht gleichzeitig einbürgern lässt. Weshalb ist dies so?

Herr Vorsitzender: Beim Zeitpunkt der Einreichung des Einbürgerungsgesuches war Herr Ibishi noch unverheiratet. Die Ehefrau erfüllt die Einbürgerungsvoraussetzungen noch nicht. Ich finde eine gemischtnationale Ehe aber unproblematisch.

Abstimmung:

Das Gemeindebürgerrecht wird mit 73 zu 8 Stimmen zugesichert.

(Herr Ibishi betritt unter Akklamation den Saal.)

9. Informationen, Verschiedenes

Diskussion:

Herr Herbert Egloff: Vor genau einem Jahr hat Herr alt Gemeindeammann Hans Wettstein darauf aufmerksam gemacht, dass die Pendenza betreffend das Trottoir entlang der Liegenschaft Sennhofstrasse 8 nach wie vor offen ist. Ich ermuntere daher den Gemeinderat, dieses Geschäft aufzunehmen und zumindest an der nächsten Gemeindeversammlung zu orientieren.

Herr Gemeindeammann: Ich habe nach der letzten Gemeindeversammlung die Akten ein erstes Mal eingesehen. Wir werden die entsprechenden Verhandlungen nun wieder aufnehmen.

Herr Louis Wettstein: Der Berg-Post konnten wir entnehmen, dass die Grube Erdbeerirai geschlossen werden soll. Jahrzehntlang haben die Landwirte dort ihre Steine entsorgt. Was bietet die Gemeinde den Landwirten für eine Alternativlösung an?

Herr Vorsitzender: Die Grube ist für Insider sehr einladend, Abfall irgendwelcher Art zu entsorgen. Anlässlich des letztjährigen Waldarbeitstages wurde seitens des Kreisförstern klar festgehalten, dass diese Grube aufgefüllt und wieder dem Wald zurückgegeben werden muss. Wir haben dann mittels Aufruf in der Berg-Post zunächst darauf hingewiesen, dass nur noch Steine in der Grube deponiert werden dürfen. Leider hat dieser Aufruf nicht gefruchtet. Eine permanente Überwachung der Grube ist nicht möglich. Aus diesem Grunde ist der Gemeinderat der Ansicht, dass eine Renaturierung die beste Lösung ist. Mit der Firma, welche die Grube voraussichtlich auffüllen wird, sind wir zur Zeit am verhandeln, wie weit eine kostengünstige Entsorgung der Steine aus der Landwirtschaft möglich ist. Wir sind uns bewusst, dass die Landwirte eine Möglichkeit für das Entsorgen der Steine benötigen. Wir sind uns aber auch bewusst, dass die meisten umliegenden Gemeinden keine solche Möglichkeit anbieten.

Herr Josef Locher: Es besteht die grosse Gefahr, dass nach einer Schliessung der Grube illegal Kehrriecht im Wald abgelagert wird.

Herr Gemeindeammann: Das Problem von gesetzeswidrigen Entsorgungen kennen alle Gemeinden. Eine solche Grube lädt aber wesentlich mehr zu illegalen Kehrriecht-ablagerungen ein. Auch die angebrachte Barriere hat keine Besserung gebracht.

Herr Hans Wettstein: Die Absperrungen wurden zwischenzeitlich entfernt. Man müsste nun weiter von der Grube entfernt eine Absperrung anbringen.

Herr Gemeindeammann Willy Hersberger: Trotz Barrieren werden Ablagerungen vorgenommen. Im übrigen sind wir der Ansicht, dass dieses „Loch“ seine Schuldigkeit getan hat und dem Wald zurückgegeben werden muss. Wir werden die Problematik aber sicherlich noch eingehend diskutieren.

Frau Pia Meyer-Locher: Wie würde die ins Auge gefasste Lösung aussehen? Würden die Steine abtransportiert?

Herr Gemeindeammann: Diese Lösung ist noch nicht ausdiskutiert. Es wäre denkbar, dass eine entsprechende Mulde aufgestellt würde.

Frau Pia Meyer-Locher: Ich bitte den Gemeinderat, nicht immer nur die materielle sondern auch die ökologische Seite zu berücksichtigen.

Herr Vorsitzender: Die ökologische Seite spricht aber für eine Renaturierung der Grube.

Frau Pia Meyer-Locher: Es macht andererseits aber keinen Sinn, grosse Transportwege für das Entsorgen der Steine in Kauf zu nehmen.

Herr Theodor Wettstein: Gemäss Investitionsplan ist ein Entsorgungsplatz geplant. Evtl. könnte in diesem Zusammenhang eine Lösung für die Steine gefunden werden.

Herr Gemeindeammann: Dies wäre durchaus vorstellbar. Bei der Neugestaltung der beiden Entsorgungsplätze sind unterschiedliche Ausführungen und somit Investitionen möglich. Zur Zeit laufen auch hier entsprechende Abklärungen.

Herr Josef Wettstein: Wer ist für die Infotafel bei der Alten Post zuständig?

Herr Vorsitzender: Diese wurde durch eine private Firma erstellt und über das einheimische Gewerbe finanziert. Diese Firma ist auch für die Aktualisierung verantwortlich.

Herr Gemeindeammann Willy Hersberger: Der Gemeinderat kann folgende Informationen an Sie weitergeben:

Dorfkernplanung

Der Gestaltungsplan „Dorfkern Busslingen“ wurde durch den Kanton genehmigt.

Ausbau K 411

Die Arbeiten für die Sanierung und den Ausbau der K 411 mit Leitungsbauten wurden vergeben. Mit den Arbeiten soll Anfang nächstes Jahr begonnen werden.

Altmetallsammlungen

Der Gemeinderat hat entschieden, ab 2007 nicht mehr sechs, sondern nur noch drei Altmetallsammlungen pro Jahr anzubieten. Nachdem der Container beim Feuerwehrlokal Busslingen fast immer leer blieb, wird nur noch beim Schulhaus Remetschwil ein Container aufgestellt. Das Material wird ohnehin mittels Auto zum Container gebracht.

Arbeitszeit Weihnachten/Neujahr

Die Gemeindeverwaltung bleibt zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen; die entsprechende Arbeitszeit wurde vorgeholt. Das Bestattungsamt betreibt einen Pikettdienst.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt der Gemeindeammann den Stimmberechtigten für ihr Erscheinen und schliesst die Versammlung um 21.50 Uhr.

Der Gemeindeammann

Der Gemeindeschreiber

Willy Hersberger

Roland Mürset